

«Eine Lehrperson vertritt den religionslosen Staat»

Der Streit um das Kopftuch für Lehrerinnen sorgt für eine Kontroverse innerhalb der SP

Vor zweieinhalb Wochen hat die SP Schweiz ihre Position zum Kopftuch revidiert. Seit jenem Parteitage steht sie nicht mehr hinter einem Kopftuchverbot für Lehrerinnen, sondern verurteilt solche Verbote neu als diskriminierend. Bei laizistisch orientierten Mitgliedern kommt dies schlecht an. In St. Gallen hat deshalb der Kantonsrat Bernhard Hauser den Parteiaustritt erklärt. Im Kanton Zürich hat die Frage gerade besonderes Gewicht, weil der Regierungsrat sich für ein Verbot ausgesprochen hat. Er stellt sich hinter ein Anliegen der SVP.

Im Interview sagt Rafael Mörgeli, SP-Kantonsrat, Geschichtslehrer und Mitglied der Freidenker-Vereinigung der Schweiz, weshalb er das Kopftuch im Schulzimmer kritisch sieht – und die Bestrebungen der SVP dennoch ablehnt.

Herr Mörgeli, Ihre Partei, die SP, stellt sich neuerdings gegen ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen. Sie positionieren sich da anders. Weshalb?

Das Kopftuch hat bei Lehrpersonen nichts zu suchen. Eine Lehrperson ist selbst ein Symbol: Sie vertritt den religionslosen Staat. Sie ist keine Verwaltungsangestellte im Hintergrund. Zwischen ihr und den Schülerinnen und Schülern besteht ein Machtgefälle. Da ist es besonders wichtig, dass der Staat neutral ist. Das gilt aber für alle politischen oder religiösen Symbole. Auch ein SVP-Hellebarden-Pin oder ein Juso-Abzeichen sind nicht zulässig.

Die nationale Partei hat ihre Haltung dazu stark revidiert und lehnt nun ein Kopftuchverbot für Lehrerinnen ab. Warum?
Ich glaube, das ist eine Reaktion darauf, dass gewisse Kreise sehr stark gegen den Islam schiessen.

Sie sprechen den antimuslimischen Rassismus an. Dieser Vorwurf ist rasch zur Hand, wenn man sich für ein Kopftuchverbot ausspricht. Ein Totschlagargument?
Es gibt eindeutig antimuslimischen Rassismus. Dagegen müssen wir uns im Namen der Religionsfreiheit wehren. Sie gilt für den Islam genauso wie für das Judentum, das Christentum oder andere Religionen – solange jemand nicht missioniert oder seine Religion über das demokratisch beschlossene Recht stellt.

In St. Gallen ist der Kantonsrat Bernhard Hauser, der für das Kopftuchverbot im



Die SVP fordert auch für Schülerinnen ein Kopftuchverbot im Klassenzimmer.

PETRA OROSZ / KEYSTONE

Schulzimmer eintritt, aus der SP ausgetreten. Er sagt, seine Position gelte gemäss der neuen Parteiräson als rassistisch. Geraten abweichende Stimmen unter Druck?

Am Parteitag, an dem die SP die Resolution zum Kopftuch annahm, wurden die laizistischen Stimmen durchaus gehört. Es gibt auch Unterschiede je nach Sprachregion – in der Romandie ist das laizistische Verständnis stärker. Ich selbst kann meine Position sehr gut vertreten, auch wenn ich weiss, dass ich in der Minderheit bin.

Am 8. März wurde die SP-Kandidatin Vera Çelik ins Zürcher Stadtparlament gewählt, eine junge Frau, deren oberstes politisches Ziel es ist, das Tragen des Kopftuchs zu normalisieren – überall, auch im Klassenzimmer. Passt das zu den laizistischen Werten von Ihnen und Ihrer Partei?

Wenn es um die Schule geht, passt das nicht zu meinen laizistischen Werten. Ich würde auch sagen, dass ihre Haltung, wonach das Kopftuch eine emanzipatorische Errungenschaft ist, nicht der Mehr-



«In Genf ist das Kopftuchverbot nicht von Rassismus getrieben.»

Rafael Mörgeli
SP-Kantonsrat

heitsmeinung innerhalb der SP entspricht. Selbstverständlich darf aber jede Frau ausserhalb des Schulzimmers ein Kopftuch tragen, wenn sie das möchte. Das ist von der Glaubensfreiheit gedeckt.

Soll sich die Zürcher SP in der Kopftuchfrage anders positionieren als die nationale Partei?

Dafür werde ich mich im Bereich der Schule einsetzen. Ich denke jedoch, dass wir grössere Probleme haben. Die SVP überhöht das Thema.

Aber die Freiheit, sich anders zu positionieren, hätte die Kantonalpartei?

Ja. Der Kanton Genf ist komplett laizistisch organisiert und kennt ein Kopftuchverbot für Lehrpersonen, und die Genossinnen und Genossen dort unterstützen es nach wie vor mehrheitlich. Aber die Motivation ist wichtig. In Genf ist das Kopftuchverbot nicht von Rassismus getrieben, sondern staatspolitisch begründet. Das ist im Fall der aktuellen Bestrebungen der SVP anders.

Die Zürcher SVP fordert, dass das Kopftuch aus dem Klassenzimmer verbannt wird – also das Gleiche wie Sie. Warum sind Sie trotzdem dagegen?

Die Motion der SVP ist so geschrieben, als wäre die Volksschule dazu da, unsere Kinder zum Christentum zu erziehen. Dabei sollte die Schule ein wertfreier Ort ohne Indoktrination sein. Die SVP schießt zudem gegen eine einzige Religion, den Islam. Und sie fordert ein Verbot auch für Schulkinder. Beides geht nicht.

Das Problem ist für Sie also der Absender, die SVP?

Es geht mir nicht um die SVP, sondern darum, dass sie das Verbot spezifisch auf eine Religion zuspitzt.

Sogar der Zürcher Regierungsrat unterstützt das Anliegen.

Es ist erstaunlich, dass der Regierungsrat diese Motion entgegennehmen will, während die Aargauer Kantonsregierung eine ähnliche Regelung kürzlich abgelehnt hat. Die SVP fordert ja nicht nur das Kopftuchverbot für Lehrpersonen, sondern auch für Schülerinnen. Hier gilt ganz klar die Religionsfreiheit.

Junge Mädchen werden meistens nicht selbst entscheiden, ob sie ein Kopftuch tragen wollen. Das kann nicht im Sinne der Integration sein.

In der Schweiz gilt für alle Religionen, dass sie bis zum 16. Lebensjahr von den Eltern vorgegeben werden. Kinder entscheiden in der Regel nicht selbst, ob Kopftuch, Kreuz oder Kippa. Wenn es sich um Zwang handelt und eine Gefährdung des Kindes vorliegt, gibt es mit der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde heute schon eine Handhabe. Ein Verbot des Kopftuchs für Schulkinder wäre zudem bundesrechtswidrig, das hat das Bundesgericht festgehalten. Anders sieht es beim Schulbesuch aus: Alle müssen alle Fächer besuchen, sei es den Schwimmunterricht oder die Sexualkunde.

Ihre Partei könnte ja darauf hinwirken, dass die SVP-Motion im Parlament schwächer ausgearbeitet wird. Warum tun Sie das nicht?

Zur Motion kann der Kantonsrat nur Ja oder Nein sagen. Sagt er Ja, arbeitet die Regierung ein Gesetz aus – erst dann kann man Einfluss nehmen. Aber ein zu starkes Abweichen von der ursprünglichen Motion ist unzulässig. Die SVP hat sie so formuliert, dass ich sie ablehnen muss. Ich hoffe, dass eine Mehrheit das Gleiche tun wird.

Werden Sie dann konsequenterweise selbst aktiv und reichen einen Vorstoss gegen religiöse Symbole im Klassenzimmer ein?

Das ist nicht eines meiner zentralen Anliegen. Aber ich setze mich grundsätzlich mit Vorstössen für säkulare Anliegen ein. Zum Beispiel für ein Volksschulgesetz, das sich nicht mehr an christlichen, sondern rein an humanistischen Wertvorstellungen orientiert. Die meisten Menschen im Kanton Zürich sind längst nicht mehr gläubig.

Interview: Michael von Ledebur